

Wetter: 4° bis 13°



Wechselspiel zwischen bewölkt und aufgelockert

Schlemmer-Ente

Kulinarische Auszeichnung für Eckart Witzigmann ▶ Seite 5



Ohne Wehmut

Jörg Roßkopf beendet seine Karriere ▶ Sport



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Freitag, 9. April 2010 · 66. Jahrgang · Nummer 82

www.an-online.de

1,10 Euro

Hohe Spritpreise schaden der Region

Grüne: 70 Millionen Euro an Kaufkraft gehen verloren. Einer Studie zufolge treiben Spekulanten die Benzinkosten in die Höhe.

VON JOACHIM ZINSEN

Aachen/Düren/Heinsberg. Spekulationsgeschäfte an den Rohölmärkten treiben den Preis für Benzin und Diesel kräftig in die Höhe. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die von der Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegeben wurde. Die Folge: „Autofahrer müssen an den Tankstellen im Schnitt 14 Cent pro Liter extra zahlen“, sagt Bettina Herlitzius, Abgeordnete der Grünen aus Her-

zogenrath. Der Studie zufolge sind kurz- und langfristige Spekulationen von Hedgefonds und Investmentbanken wie Goldman Sachs oder der Deutschen Bank für rund 35 Prozent des Rohölpreises (derzeit rund 85 US-Dollar pro Barrel) verantwortlich. Deutsche Autofahrer würden deshalb für eine 50-Liter-Tankfüllung mit sieben Euro zusätzlich zur Kasse gebeten. „Bei einer jährlichen Fahrleistung von 13 000 Kilometern und einem Verbrauch von 7,5 Liter liegt die

Mehrbelastung bereits bei 136 Euro pro Pkw“, rechnet Herlitzius vor und kritisiert: „Durch die un-moralischen Spekulationen entsteht auch dem regionalen Wirtschaftskreislauf ein großer Schaden.“

So bedeuteten die überhöhten Spritabgaben allein für die Städteregion Aachen einen jährlichen Verlust an Kaufkraft von rund 34 Millionen Euro. Die Bürger im Kreis Düren hätten rund 18,7 Millionen Euro weniger in der Ta-

sche, die im Kreis Heinsberg rund 18 Millionen. Für das Land Nordrhein-Westfalen beziffert Herlitzius den Verlust mit einer Milliarde Euro.

Nun sind die Grünen nicht gerade dafür bekannt, einen niedrigen Spritpreis zu fordern. Sie sind weiterhin Anhänger der Ökosteuer. Deshalb rügt Herlitzius an den Spekulationsgewinnen vor allem, „dass sie nicht dem Allgemeinwohl zugute kommen“. Das würde sie von der Mineral- und Öko-

steuer unterscheiden.

Für Herlitzius nehmen die Spekulationen an den Rohölmärkten allerdings nur eine absehbare Entwicklung vorweg. Laut Studie wird der Rohölpreis sich demnächst auf rund 150 US-Dollar pro Barrel erhöhen. Deshalb fordert Herlitzius eine Energie-Strategie, die weg vom Öl führt: „Wir müssen den Umbau der Energieversorgung und der Mobilität noch wesentlich schneller und ernsthafter vorantreiben, als bisher.“ ▶ **Wirtschaft**

Schulabgänger: Jeder Fünfte als Azubi ungeeignet

Berlin. Industrie und Handel halten jeden fünften Schulabgänger für nicht ausbildungsfähig. Selbst im Krisenjahr 2009 habe jeder fünfte Ausbildungsbetrieb mangels geeigneter Bewerber nicht alle angebotenen Lehrstellen besetzen können, ergab eine am Donnerstag in Berlin vorgestellte Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Bei 220 000 Ausbildungsbetrieben in Industrie, Handel und Dienstleistungen entspreche dies etwa 50 000 unbesetzten Lehrstellen, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Es gebe eine deutliche Schere zwischen den wachsenden Anforderungen im Arbeitsleben und dem Wissen und Verhalten der Jugendlichen. (dpa)

▶ **Kommentar S.2, Wirtschaft**

Es bleibt: die Beatlemania

Nach der Trennung vor 40 Jahren sagte John Lennon einmal: „Die Leute reden darüber, als sei es der Weltuntergang. Aber es hat sich nur eine Rockgruppe aufgelöst.“ Doch die Beatles waren viel mehr als das: Sie waren ein Phänomen, ein Lebensgefühl und musikalische Wegbereiter, deren Werk bis in die heutige Zeit relevant ist. Trotzdem waren Lennon und seine Mitstreiter Paul McCartney, George Harrison und Ringo Starr selten so gelöst wie auf diesem Foto aus den frühen Jahren. ▶ **DIE SEITE DREI**



Klinikärzte stellen sich auf Streiks ein

Düsseldorf. Auf die kommunalen Kliniken kommen nach vier Jahren erneut Streiks zu. Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) erklärte am Donnerstag in Düsseldorf nach fast 30-stündigen Verhandlungen das Scheitern und den Abbruch der Tarifverhandlungen für die 55 000 Ärzte in den 800 Kliniken. „Wir bereiten damit Streiks vor“, sagte MB-Chef Rudolf Henke. Die Arbeitgeber kritisierten den Marburger Bund scharf. Er lasse ernsthaften Einigungswillen vermissen, teilte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber am Donnerstag mit. (dpa)

Mülheimer Kobra ist tot

Reptil in ausgelegter Klebefalle verendet

Mülheim. Nach drei Wochen hat die Suche nach einer entflohenen hochgiftigen Monokelkobra in Mülheim an der Ruhr ein Ende. Die Schlange wurde am Donnerstagmorgen tot aufgefunden, wie ein Stadtsprecher sagte. Das etwa 30 Zentimeter lange, fingerdicke Reptil verendete in einer Klebefalle, die Experten in dem Mehrfamilienhaus ausgelegt hatten. Die Schlange war ihrem Besitzer vor drei Wochen entwichen und hatte sich verkrochen. Bei der anschließenden Suche nach der Monokelkobra (Naja kaouthia) hatten Feu-

erwehrleute die gesamte Inneneinrichtung der Wohnung entfernt und sogar die Bodendielen herausgerissen. Nach fünf Tagen wurde die Suche zunächst eingestellt. Reptilienexperten der Feuerwehr Düsseldorf legten anschließend Klebebänder aus, um die Schlange einzufangen. Bei einer Routinekontrolle wurde am Donnerstagmorgen nun ihr Kadaver entdeckt. Wegen der Schlange hatten neben ihrem 19-jährigen Besitzer auch drei weitere Mieter ihre Wohnungen zeitweise räumen müssen. (afp) ▶ **Seite 7**

Gerichte sollen zahlen

Entschädigung bei zu langen Verfahren geplant

Berlin. Dauern Gerichtsverfahren und Ermittlungen zu lange, sollen sich Bürger künftig wirksamer wehren können. Ein Gesetzentwurf von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) räumt ihnen das Recht ein, „Verzögerungsrüge“ zu erheben und Schadenersatz zu verlangen. Je Monat Verzögerung soll eine Entschädigung von 100 Euro fällig werden, wenn Richter oder Staatsanwälte zu langsam arbeiten. Besonders säumige Gerichte könnten im elektronischen Bundesan-

zeiger angeprangert werden. Ein Ministeriumssprecher in Berlin bestätigte am Donnerstag einen gleichlautenden Medienbericht.

Viele Gerichte klagen seit Jahren, sie hätten zu wenig Personal. Dies soll sie künftig aber nicht vor der Verhängung von Wiedergutmachung und Schadenersatz schützen. Mit dem Gesetzentwurf folgt die Ministerin einer Forderung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Dieser hat die Bundesrepublik wiederholt verurteilt, weil Prozesse zu lange dauerten. (dpa)

Zwei Unterschriften für einen historischen Schritt

US-Präsident Barack Obama und Kremlchef Dmitri Medwedew unterzeichnen Start-Abkommen. Erfolg nach zähen Verhandlungen.

Prag. Historischer Schritt zur atomaren Abrüstung: Nach monatelangen zähen Verhandlungen haben US-Präsident Barack Obama und Kremlchef Dmitri Medwedew am Donnerstag den umfassendsten Abrüstungsvertrag seit 20 Jahren unterzeichnet. Zugleich machten beide Politiker in einer feierlichen Zeremonie in Prag klar, dass der Abschluss des neuen Start-Abkommens lediglich ein erster Schritt hin zu weiteren Verhandlungen ist. Beide Länder wollen beim strittigen Thema der geplanten US-Raketenabwehr in Europa im Gespräch bleiben. Die Diskussion über den Abbau taktischer Nuklearwaffen soll vorangetrieben werden.

„Nach diesen sicher nicht leichten Verhandlungen gibt es keinen Sieger und keinen Verlierer“, sagte Medwedew im prunkvollen Spanischen Saal der Prager Burg. „Der Erfolg gehört beiden Ländern und mit ihnen der ganzen Welt.“ Das Abkommen eröffne ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA. Ausdrücklich bezeichnete er den Vertrag als „historisch“.

Obama erinnerte eindringlich an seine Vision einer Welt ohne Atomwaffen, mit der er vor einem Jahr ebenfalls in Prag für weltweites Aufsehen gesorgt hatte. „Dies ist ein langfristiges Ziel, ein Ziel, das vielleicht nicht einmal in meinem Leben erreicht wird.“ Russland und die USA – die beide über 90 Prozent der Atomwaffen in der Welt besitzen – müssten in Sachen Abrüstung eine „globale Führungsrolle“ übernehmen. Der Start-

abschluss sei zwar ein Meilenstein und mache die Welt sicherer, zugleich sei er aber nur „ein Schritt auf einer längeren Reise“. Entscheidend sei dabei auch die Verbesserung der amerikanisch-russischen Beziehungen.

Obama machte klar, dass er Russland und die Nato-Mitglieder in die weitere Planung der US-Raketenabwehr einbinden wolle. „Wir haben vereinbart, unsere Diskussionen über die Raketenabwehr fortzusetzen, einschließlich des Austauschs unserer Einschätzung von Gefahren.“ Die USA er-

kenne das „signifikante Interesse“ Russlands an diesem Thema an. Die Raketenabwehr sei nicht gegen Russland gerichtet, sondern solle die USA vor möglichen Angriffen aus anderen Ländern schützen.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle würdigte die Unterzeichnung als „Meilenstein für die weltweiten Abrüstungsbemühungen“. „Es zeigt die Bereitschaft der beiden größten Atomkräfte, ihrer Verantwortung bei der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle gerecht zu werden.“ Dies eröffne auch Chancen für weitere Abrüstungsschritte, etwa bei den sogenannten taktischen Atomwaffen in Mitteleuropa.

Klare Worte gab es auch in Richtung Iran. Medwedew forderte die Führung in Teheran mit Nachdruck zur Zusammenarbeit auf. Obama drohte dem Iran erneut mit Sanktionen. (dpa)

▶ **Bericht und Kommentar Seite 2**



Barack Obama (links) und Dmitri Medwedew. Foto: afp

HEUTE IM LOKALTEIL

▶ 352 Spielplätze kontrolliert

Der Aachener Stadtbetrieb hat in den vergangenen Monaten 352 Spielplätze im gesamten Stadtgebiet kontrolliert und rund 4000 Spielgeräte überprüft. Mehr als 300 kleinere und größere Schäden an Rutschen, Schaukeln oder Klettergerüsten wurden entdeckt und beseitigt.

▶ EU verärgert Markthändler

▶ Neue Bauphase am Autobahnkreuz

HEUTE MIT



KURZ NOTIERT

Die Deutschen spenden weniger

Nürnberg. Immer weniger Deutsche spenden – und sie geben durchschnittlich weniger. Im Jahr 2009 ist nicht nur das Gesamtspendenvolumen um 65 Millionen Euro oder drei Prozent auf knapp 2,1 Milliarden Euro gesunken, berichtete der Deutsche Spendenrat am Donnerstag in Berlin. (dpa)

Fußball aktuell

Europa League
VfL Wolfsburg - FC Fulham 0:1
Stand. Lüttich - HSV 1:3

DER, DIE, DAS

Wutanfall: Da war das Steak plötzlich weg

Es geht auch ohne Inkasso-Firma: Ein wütender Fleischlieferant hat vor den Augen von 20 verdutzten Gästen eines Restaurants in Aachen das Essen vom Grill weggeschnappt. Zu vor hatte er sämtliches Fleisch in der Küche eingesammelt. Er warf die Rindersteaks in eine Kiste und verschwand. Der Mann war vom Gastwirt vertrieben worden, der 400 Euro für eine Lieferung nicht sofort bezahlen wollte. Der Gastwirt hat Anzeige wegen Diebstahls erstattet und fordert Entschädigung. ▶ **Lokales**



FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Sport

KONTAKT

Zeitungszustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790
Verlag (Zentrale):
Telefon: 0241/5101-0
Redaktion:
Telefon: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-440
AN im Internet:
www.an-online.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790



4 194122 101106 5 0014